

EU-Handelsabkommen mit Afrika, Karibik, Pazifik (AKP)

Economic Partnership Agreements (EPAs) oder Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und derzeit 79 Staaten – meist ehemalige Kolonien - in Afrika (48 Staaten), der Karibik (16) und Pazifik (15). Die Grundlage für die EPAs bildet das Cotonou-Partnerschaftsabkommen (CPA), das für die Jahre 2000 bis 2020 abgeschlossen wurde. Dieses Abkommen basiert im wesentlichen auf drei Säulen: Entwicklungszusammenarbeit, politischer Dialog sowie Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Ab 2002 verhandelte die EU mit sieben Regionen - fünf afrikanische Regionen plus Karibik und Pazifik - unterschiedliche EPAs.

Vom präferentiellen zum wechselseitigen Marktzugang: Die AKP Länder erhielten im Rahmen der CPA-Vorläufer-Abkommen von Youndé (1964 – 1975) und Lomé (1975 – 2000) einen präferenziellen Marktzugang in der EU (bzw. in der Europäischen Gemeinschaft, EG). Die Regeln der 1994 gegründeten World Trade Organisation (WTO) verlangen aber, dem jeweiligen Partner gleichwertige Begünstigungen einzuräumen. Da die EU-Mitgliedstaaten und die meisten AKP-Länder WTO-Mitglieder sind, muss die Reziprozität in den Handelsverträgen verankert werden. Allerdings sind für Entwicklungsländer Ausnahmen von diesem WTO-Prinzip erlaubt. Ein zweiter Grund für die EPAs lag im Bestreben Europas, ihre Vormachtstellung in ehemaligen Kolonien angesichts neuer Akteure wie die VR China durch verbesserten Marktzugang aufrecht zu erhalten.

Vorteile der EPAs aus der Sicht der Europäischen Kommission:

- Exporteure aus den AKP-Ländern können Waren – mit wenigen Ausnahmen - zoll- und kontingentfrei in die EU einführen
- Betriebe in AKP-Länder können erforderliche Vorleistungen wie Maschinen oder Bauteile günstiger aus Europa importieren und werden dadurch konkurrenzfähiger
- zusätzliche Investoren werden angezogen und Arbeitsplätze geschaffen
- Bestimmte Warengruppen, beispielsweise landwirtschaftliche Produkte, sind vom Abkommen ausgenommen
- Bei plötzlichem Anstieg der Einfuhr einiger Waren können unter bestimmten Auflagen Schutzmaßnahmen ergriffen werden
- Flexible Ursprungsregeln in den EPAs erlauben AKP-Staaten importierte und weiter verarbeitete Waren in die EU zollfrei zu exportieren
- Exporteure werden finanziell und technisch unterstützt, um hohe EU-Standards erreichen zu können

Kritik an den EPAs:

- die weiterführende Marktöffnung gefährdet den Aufbau von eigenständigen Industrien
- Die Einführung von Schutzmaßnahmen unterliegt strengen Regeln
- Sanitären Regelungen, bestehenden Qualitätsstandards und bürokratischen Auflagen bilden enorme Hürden für Exporteure aus den AKP-Ländern
- Den AKP-Ländern gehen Zolleinnahmen verloren; diese decken bis zu 30 % der Budgetausgaben (Gesundheit, Bildung, Infrastruktur...) ab
- Mit dem Abbau von Exportsteuern verlieren die Regierungen ein wichtiges Lenkungsinstrument, um ihre Wirtschaft zu diversifizieren (Rohstoffe im Inland verarbeiten)
- EPAs und unterschiedliche Umsetzungen gefährden regionale Integrationen innerhalb Afrikas, der Karibik oder Pazifik
- EU-Subventionen (Ausnahme: Exportsubventionen) sind weiterhin erlaubt
- Zentrale Fragen wie „illicit financial flows“ werden nicht angesprochen

Widerstand gegen EPAs: Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Wissenschaftler_innen in Afrika und Europa sehen in den EPAs die Fortsetzung der neoliberalen Politik in Afrika. Die Regierungen von Tansania, Burundi, Nigeria und Gambia lehnen die EPAs ab. Derzeit werden von 29 AKP-Staaten die EPAs angewandt oder vorläufig angewandt. In Subsahara Afrika setzen derzeit nur 13 von 48 Staaten die EPAs um. Einige Länder haben nur unter enormen politischen Druck von Seiten der EU unterzeichnet. Die Forderungen nach Änderungen in den EPAs bzw. einem Moratorium werden von der Europäischen Kommission abgelehnt.

Sieben regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Region	Status	Inhalt
Westafrika: Economic Community of West African States - ECOWAS/CEDAO	Im Jahr 2014 hat die EU das regionale Abkommen mit ECOWAS abgeschlossen. Nigeria, Gambia und Mauretanien haben allerdings nicht ratifiziert, wodurch es noch nicht umgesetzt werden kann. Ausnahmen: Ghana und Cote D'Ivoire haben ein Interim-Abkommen (iEPA) unterzeichnet und ratifiziert.	Abbau von 75 % der Zolltarife für Importe aus der EU innerhalb von 20 Jahren; ausgenommen sind v.a. zahlreiche landwirtschaftliche Produkte wie Milch (allerdings: Milchpulver in großen Packungen sind im EPA inkludiert). Im Abkommen ist ein 6,5 Mrd. Euro Entwicklungspaket (Economic Partnership Agreement Development Program) inkludiert.
Ostafrika: East African Community - EAC	Das EPA mit Ostafrika wurde nur von Kenia und Ruanda unterzeichnet und ratifiziert und kann daher derzeit nicht umgesetzt werden.	Abbau von 82,6 % der Zolltarife innerhalb 25 Jahren; die ausgenommen 17,4 % betreffen u.a. landwirtschaftliche Produkte und Textilien .
Östliches und südliches Afrika: Eastern and Southern Africa – ESA Group	Madagaskar, Mauritius, die Seychellen und Simbabwe haben das Abkommen 2009 unterzeichnet, seit 2012 wird es vorläufig angewandt (iEPA). Die Unterzeichnung des Abkommens durch die Komoren und Sambia ist ausständig.	Abbau der Zolltarife nach unterschiedlichen Prozentsätzen (meistens innerhalb von 15 Jahre): Zimbabwe 80 %, Madagaskar 81 %, Mauritius 96 % und die Seychellen 98 %.
Zentralafrika: Economic Community of Central African States – ECCAS/CEMAC	Kamerun hat als einziges Land unterzeichnet; das iEPA wird in Kamerun seit 2014 vorläufig umgesetzt.	Abbau von 80 % der Zolltarife innerhalb von 15 Jahren; bestimmte landwirtschaftliche Produkte ausgenommen.
Südliches Afrika: Southern African Development Community – SADC	Abkommen wurde 2016 von der SADC EPA Gruppe (Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland) und der EU unterzeichnet und wird seit der Zustimmung durch das Europäische Parlament vorläufig umgesetzt. In Mosambik wird es seit Februar 2018 angewandt.	Abbau von 86 % der Zolltarife in der SADC EPA Gruppe bzw. 74 % im Falle von Mosambik.
Karibik: Caribbean Forum of ACP-States - CARIFORUM	2007 wurde zwischen der EU und CARIFORUM ein regionales EPA abgeschlossen und seither angewandt.	Abbau von 61% der Zolltarife in den ersten 10 Jahren; 82 % innerhalb von 15 Jahren und 87 % innerhalb von 25 Jahren. Ausnahmen: viele landwirtschaftliche Produkte und einige Industrieprodukte; Dienstleistungen zum Teil liberalisiert.
Pacific Region	Papua Neuguinea und die Fidschi Inseln wenden ein Interim-EPA an; Samoa und Solomon Inseln wollen auch ein iEPA.	Papua Neuguinea hat 88 % der Zolltarife liberalisiert, Fidschi baut 87 % der Zolltarife in den nächsten 15 Jahren ab.